



20 Leitsätze zur Europapolitik

**Beschlossen vom Landesvorstand
am 12. April 1999**

 **Europawahl 13. Juni**

20 Leitsätze zur Europapolitik

1. Europas Zukunft: Einheit in Vielfalt

Wir wollen die Einheit Europas. Sie liegt im deutschen und bayerischen Interesse. Der Aufbau der Europäischen Union ist die herausragende Leistung der europäischen Staaten in diesem Jahrhundert. Für uns ist die christlich-abendländische Wertegemeinschaft das Fundament der Europäischen Union, die auch in Zukunft als Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit und des Rechts Garant für Stabilität, Wohlstand und Solidarität sein muß. Europas Identität beruht auf seiner Vielfalt. Daraus schöpft Europa seine Kraft und seine Kreativität. Nur ein Europa, das die Vielfalt seiner Kulturen, Lebensweisen und Traditionen respektiert und die Interessen der Bürger berücksichtigt, kann die Zustimmung der Menschen finden.

2. Bayerns Interessen entschlossen in Europa vertreten

Wir stehen für eine glaubwürdige Europapolitik, die die bayerischen Interessen erfolgreich zur Geltung bringt. Bayern braucht in Europa eine kraftvolle und erfahrene Vertretung. Wir sind die einzige Partei, die nur in Bayern und mit bayerischen Bewerbern antritt. Wir stehen für Tradition und Fortschritt zum Wohl unseres Landes und seiner Menschen. Als eine in Bayern verwurzelte Partei haben für uns die bayerischen Anliegen erste Priorität. Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Zukunft die Hüter der Interessen Bayerns und seiner Bürgerinnen und Bürger in Europa sein.

3. Neue Herausforderungen verlangen neues Leitbild

Die Europäische Union steht vor neuen Herausforderungen und veränderten Rahmenbedingungen. Das Ende des Ost/West-Gegensatzes, regionale Konflikte auch in Europa, die Globalisierung der Wirtschaft, der Übergang zur Informationsgesellschaft und die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten erfordern eine Neuorientierung der Ziele und Perspektiven des europäischen Einigungsprozesses. Im übrigen geht es längst nicht mehr um das Ob der Europäischen Integration, sondern darum, wie die Europäische Union gestaltet werden soll. Reformbedarf gibt es vor allem bei den europäischen Institutionen. Die Europäische Union braucht ein neues Leitbild.

4. Europa braucht mehr Bürgernähe

Ein starkes und demokratisches Europa braucht die Unterstützung und Akzeptanz seiner Bürger. Die Entscheidungsprozesse in der EU müssen transparenter und für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer werden. Alle Entscheidungen müssen möglichst nahe bei den Bürgern getroffen werden. Deshalb muß das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union durchgehend verwirklicht werden. Mitgliedstaaten und Regionen müssen für alle Aufgaben zuständig bleiben, die nicht zwingend europäisches Handeln erfordern. Nur so behalten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit weitgehender Mitgestaltung.

5. Europäische Union muß sich auf Kernaufgaben konzentrieren

Die Europäische Union muß sich auf diejenigen Bereiche beschränken, wo nur ein gemeinsames Vorgehen den Erfolg sichert, diese aber auch kraftvoll wahrnehmen. Notwendig für die Europäische Union ist ein klarer Handlungsrahmen, um Zuständigkeitsüberschreitungen zu Lasten der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen zu verhindern und zentralistische Tendenzen einzudämmen. Wir streben eine genaue Abgrenzung der Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der verschiedenen Ebenen in Europa an.

6. Regionen und Nationen müssen die Grundlage bleiben

Wir brauchen ein Europa, in dem Bayern und Deutschland ihrer Rolle gerecht werden können. Die Regionen und Nationen stiften Identität und Solidarität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie sind auch in Zukunft als Träger der europäischen Integration unverzichtbar. Ein europäisches Gefühl der Zusammengehörigkeit kann nur auf der Grundlage der Geborgenheit in der Heimat aufbauen. Wir wollen ein eigenständiges unverwechselbares Bayern als blühenden Wirtschaftsstandort und lebenswerte Kulturregion erhalten und seine Mitwirkung in Europa stärken. Wir setzen uns für eine "Europäische Union der Nationen und Regionen" auf vertraglicher Grundlage ein. Einen europäischen Bundesstaat lehnen wir ab.

7. Europa des fairen Wettbewerbs

Wir treten ein für ein Europa des fairen Wettbewerbs, das die Marktkräfte und die Eigenverantwortung stärkt und Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Die fruchtbare Konkurrenz der Unternehmen, Standorte und Volkswirtschaften setzt schöpferische Kräfte frei und sichert globale Wettbewerbsfähigkeit. Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß zentrale planwirtschaftliche Strukturen Wohlstand nicht mehren, sondern gefährden. Die Europäische Union muß diesen Wettbewerb nach innen und außen sichern. Zugleich muß der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt durch solidarische Anstrengungen im Rahmen der bestehenden Strukturfonds gestärkt werden.

8. Soziale Sicherung ist Aufgabe der Mitgliedstaaten

Die notwendigen sozialen Sicherungssysteme für den Einzelnen sowie die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sind in erster Linie Aufgabe der Mitgliedstaaten. Eine ergänzende europäische Sozialpolitik muß sich auf die Regelung grundlegender Ordnungsprinzipien beschränken. Eine umfassende europäische Sozialunion würde die Leistungskraft einiger Mitgliedstaaten überfordern. Riesige Transferzahlungen, die auch die wirtschaftlich starken Mitgliedstaaten nicht leisten können, wären die Folge.

9. Unfaire Steuerpraktiken unterbinden

Eine umfassende Vereinheitlichung der nationalen Steuersysteme in Europa lehnen wir ab. Sie würde nicht zu weniger, sondern zu mehr Steuern führen. Die Festlegung der Steuersätze und Bemessungsgrundlagen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben würde der deutschen Politik entzogen und dem Wähler die Chance einer Korrektur nehmen. Dagegen müssen unfaire Steuerpraktiken europaweit unterbunden werden, weil sie einen fairen Wettbewerb unmöglich machen.

10. Der Euro muß stabil bleiben

Deutschland und die Europäische Union brauchen einen stabilen Euro. Mit uns wird es kein Rütteln an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und am Stabilitätspakt geben. Wir fordern strikte Haushaltsdisziplin in allen Mitgliedstaaten, auch in Deutschland. Eine Weichwährungspolitik würde unkalkulierbare Inflationsrisiken bedeuten und die langfristige Stabilität Europas gefährden. Eine stabile Währung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherung.

11. Herausragendes Ziel: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist unser herausragendes Ziel. Die Ursachen der Beschäftigungskrise sind struktureller Natur und liegen vor allem im nationalen Bereich. In Deutschland müssen die Arbeitsmärkte flexibilisiert, der Mittelstand gestärkt, der Sozialstaat umge-

baut und das Steuersystem neu ausgerichtet werden. Die Europäische Union muß ihren Beitrag leisten durch eine unbürokratische Ausgestaltung des europäischen Binnenmarkts. Beschäftigungsprogramme, die als Strohhalm verpuffen und viel Geld kosten, lehnen wir auf europäischer Ebene ebenso ab wie in Deutschland. Zentrale Vorgaben aus Europa sind wegen der nationalen Unterschiede in den Ursachen der Beschäftigungskrise ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

12. Leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft erhalten

Bayern braucht eine flächendeckende, wirtschaftlich lebensfähige bäuerliche Landwirtschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe muß gestärkt, die naturbedingten Nachteile müssen ausgeglichen und die bäuerlichen Einkommen gesichert werden. Wir wollen die für Bayern typische Agrarstruktur mit bäuerlichen Familienbetrieben erhalten, die hochwertige Lebensmittel erzeugen und unsere einzigartige Kulturlandschaft pflegen. Aufgabe der Europäische Union sollte die Agrarmarkt- und Preispolitik sein. Dagegen soll die Agrarstruktur- und die ergänzende Einkommenspolitik weitgehend in nationaler Verantwortung liegen. Bei den WTO-Verhandlungen muß berücksichtigt werden, daß die bayerischen und europäischen Landwirte zu ganz anderen sozialen und ökologischen Bedingungen wirtschaften als ihre Kollegen auf dem Weltmarkt.

13. Grenzüberschreitender Umweltschutz

Wir unterstützen einen wirkungsvollen, grenzüberschreitenden Umweltschutz durch die Europäische Union. Umweltverschmutzung macht vor den nationalen Grenzen nicht halt. Deshalb brauchen wir Umweltmindeststandards für die gesamte Europäische Union. Europäische Umweltnormen müssen in allen Mitgliedstaaten gleich beachtet werden. Ihre verwaltungsmäßige Umsetzung muß weiterhin Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben.

14. Internationale Kriminalität europäisch bekämpfen

Die Bekämpfung der internationalen Kriminalität ist in einem Europa ohne Grenzen eine der wesentlichen Aufgaben der EU. Sie muß einen Beitrag leisten, damit alle Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa in Frieden und Sicherheit leben können. Deshalb treten wir für eine wirksame Zusammenarbeit der nationalen Polizeiorganisationen und die Stärkung von Europol ein.

15. Lasten bei Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen teilen

Bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik treten wir für eine faire Lastenteilung und eine quotenmäßige Zuteilung der Flüchtlinge ein. Es ist ein Gebot europäischer Solidarität, daß nicht ein einzelner Mitgliedstaat dauerhaft und überwiegend eine Aufgabe trägt, die nur in der Gemeinschaft aller bewältigt werden kann. Die in Deutschland praktizierte Verteilung zwischen den Ländern könnte ein Modell auch für Europa sein.

16. Außenpolitisch handlungsfähig werden

Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen auf dem Balkan, aber auch anderswo haben gezeigt: Die Europäische Union wird derzeit weder den Erwartungen der europäischen Bürger noch den Anforderungen der weltweiten Staatengemeinschaft gerecht. Europa braucht eine durchsetzungsfähige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die weltweit respektiert wird. Dies gilt vor allem bei der Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit und bei der Bewältigung von Konflikten. Regionale Krisenherde in und außerhalb von Europa zwingen zu geschlossenem Auftreten und gemeinsamem Handeln.

17. Osterweiterung notwendig, aber mit Augenmaß

Die Osterweiterung liegt im politischen und wirtschaftlichen Interesse Bayerns, Deutschlands und Europas. Der Beitritt der Staaten in Mittel- und Osteuropa, die sich vom kommunistischen Joch befreit haben, ist eine historische Aufgabe zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Jedoch müssen die Bedingungen mit Augenmaß festgelegt werden. Hierauf muß sich die EU mit ihren Institutionen grundlegend vorbereiten. Die Beitrittsstaaten müssen ihrerseits noch große Anstrengungen unternehmen, um ihre Wirtschaft und ihr Rechtssystem dem EU-Standard einschließlich der Beseitigung diskriminierender Vorschriften anzugleichen. Dabei sind auch die Interessen der Heimatvertriebenen zu wahren. Für die Landwirtschaft und bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind wegen des Umfangs der zu lösen-

den Probleme längere Übergangsfristen- individuell nach der Situation der einzelnen Beitrittskandidaten- vorzusehen, als dies bei der Süderweiterung der EU geschah. Je nach Entwicklungsfortschritt können diese Fristen später wieder verkürzt werden.

18. Finanzielle Lasten gerecht verteilen

Bei der Finanzierung der Europäischen Union müssen die Lasten gerechter verteilt werden. Die Bundesregierung hat bei dem Europäischen Rat in Berlin im März 1999 keine substantielle Verbesserung erreicht. Das vereinigte Deutschland steht nicht mehr an der Spitze, sondern liegt nur noch im Mittelfeld der europäischen Wohlstandsskala. Dies muß sich in einer Beitragsbemessung niederschlagen, die sich an der Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten orientiert. Die Mitgliedstaaten müssen auch an der Finanzierung der Einkommenszahlungen an die Landwirtschaft beteiligt werden. Bei der Führung des europäischen Haushalts muß Sparsamkeit das oberste Gebot sein. Die Ausgaben der Europäischen Union müssen auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen durch die Osterweiterung strikt begrenzt werden.

19. Kontrolle der Bürokratie durch ein starkes Europäisches Parlament

Die Europäische Union leidet unter einer Fehlentwicklung bei der Aufgabenverteilung, die zu überbordender Bürokratie geführt und Mißwirtschaft, Schlampereien und Betrügereien begünstigt haben. Deshalb müssen

Aufgaben in die Mitgliedstaaten und Regionen zurückverlagert, die Ausgaben besser kontrolliert und die Europäische Kommission personell und strukturell reorganisiert werden. Das Europäische Parlament ist hierfür eine wichtige Kontrollinstanz. Wir treten ein für ein starkes Parlament, das im Interesse des europäischen Steuerzahlers seine Kontrollmöglichkeiten ausschöpft.

20. Die Europawahl bestimmt die Richtung Europas

Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Vielfalt, des Wettbewerbs und der Solidarität. Dieses Modell setzen wir der sozialistischen Vorstellung eines zentralistischen Europas der Bevormundung und Umverteilung entgegen. Angesichts der sozialistischen Mehrheit in den Regierungen der Mitgliedstaaten brauchen wir im Europäischen Parlament einen bürgerlichen, einen christdemokratischen Gegenpol. Das Europäische Parlament ist durch die enorme Ausweitung seiner Rechte in jüngster Zeit zu einem entscheidenden Machtfaktor in der Europäischen Union geworden. Mit einer christdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament wollen wir die Entscheidungen in der kommenden Legislaturperiode prägen. Die Europawahl am 13. Juni 1999 ist deshalb eine Entscheidung über die künftige Richtung der europäischen Politik.



Europawahl 13. Juni



www.csu.de

Stimmzettel

für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 13. Juni 1999
im Freistaat Bayern

Sie haben 1 Stimme



1 **CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.**

1. Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Dipl.-Volkswirt, Gunzenhausen
2. Ursula Schleicher, MdEP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Aschaffenburg
3. Dr. Angelika Niebler, Rechtsanwältin, Vaterstetten
- Emilia Müller, Chemietechnikerin, Bruck i. d. Oberpfalz
- Mayer, MdEP, Dipl.-Ing. Landwirt, Pöcking

- Liste für den Freistaat Bayern -

6. Markus Ferber, MdEP, Dipl.-Ing. (Urw.), Bobingen
7. Bernd Posselt, MdEP, Redakteur, München
8. Dr. Joachim Johannes Wuermeling, Ministerialrat, Bayreuth
9. Alexander Radwan, Rechtsanwalt, Dipl.-Ing. (FH), Rottach-Egern
10. Dr. Gabriele Stauner, Lehrerin, Ministerialrätin, Wolfratshausen



Europäische Union für alle Länder